ARCHITEKTEN
KAMMER
BERLIN

ALTE JAKOBSTRASSE 149
10969 BERLIN

T 030.29 33 07-0
F 030.29 33 07-16

KAMMER@AK-BERLIN.DE
WWW.AK-BERLIN.DE

Pressemitteilung
23. Juni 2021

Bodenwende jetzt!

Bündnis Bodenwende veröffentlicht „Bodenpolitische Forderungen zur Bundestagswahl“ und fordert die Einrichtung einer Enquetekommission

Das Bündnis Bodenwende hat am 21. Juni 2021 seine „Bodenpolitischen Forderungen zur Bundestagswahl 2021“ veröffentlicht und an sechs der im Bundestag vertretenen Parteien geschickt. Im April hatte das Bündnis „Bodenpolitische Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021“ vorgelegt, zu denen die Antworten der Parteien noch ausstehen. Der überparteiliche Zusammenschluss von Akademien, Kammern, Verbänden und Stiftungen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sieht in der Wende zu einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik eine der wichtigsten Aufgaben für die kommende Legislaturperiode des Bundestages. „Die Frage der Verfügbarkeit von Grund und Boden ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit", so Theresa Keilhacker, Präsidentin der Architektenkammer Berlin. „Gerade vor dem Hintergrund der Notwendigkeit auch gesellschaftlicher und sozialer Veränderungen infolge der Klimakrise fordern wir dringend eine Beschleunigung politischer Entscheidungen zum Thema der sozialen Bodenwende." Denn der Boden, seine Verfügbarkeit und seine Nutzung spielen eine zentrale Rolle bei den großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte: soziale Wohnraumversorgung und gleichwertige Lebensverhältnisse, wirksamer Klimaschutz und Klimaanpassung, Erweiterung der grünen Infrastruktur, sozialer Zusammenhalt, gerechte Vermögensverteilung bis hin zu Artenschutz, naturverträglicher und nachhaltiger Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion und der Bewältigung von Pandemien.

Am **Dienstag, den 29. Juni 2021|17-19 Uhr** werden die Forderungen des Bündnisses mit Vertretern und Vertreterinnen der Bundestagsfraktionen in einer **öffentlichen Online-Veranstaltung** diskutiert. Die Diskussion wird von Ricarda Pätzold (DASL) und Dr. Thomas Welter (BDA) moderiert. Zur Anmeldung

Bei den bodenpolitischen Forderungen stehen folgende Themen im Vordergrund: soziale Marktwirtschaft nachjustieren und gemeinwohlorientierte Bodenpolitik stärken, Bodenspekulation verhindern und Bodenpreise regulieren, Boden als Basis für ökologische Zukunftsfähigkeit und räumliche soziale Gerechtigkeit sowie Gestaltungsinstrumente für nachhaltige Freiraum- und Stadtentwicklung verbessern. Die Parteien haben ihre Antworten zu den Wahlprüfsteinen ab dem 1. Juli 2021 angekündigt. Das Bündnis Bodenwende wird die Antworten auswerten und veröffentlichen.

Hintergrund:
Boden ist wie Luft und Wasser: unverzichtbar und als räumliche Ressource nicht vermehrbar. Er ist als Lebensgrundlage für Tiere, Pflanzen und Menschen sowie als CO_2-

Senke für Klimastabilität unersetzbar. Er ist Grundlage für andere Gemeinschaftsgüter wie Natur-, Klima- und Gesundheitsschutz, für lebendige öffentliche Räume, bedarfsgerechte öffentliche soziale Infrastrukturen und nicht zuletzt für menschenwürdiges, bezahlbares Wohnen. Boden ist seit der Weltfinanzkrise zur lukrativen Anlage und zum Spekulationsobjekt geworden. Nicht nur Bauland in attraktiven Großstadtregionen, sondern auch Ackerland wird in großem Stil von internationalen Anlegern aufgekauft („Landbanking"). Stark steigende Bodenpreise in den Stadtregionen und die Spekulation mit Boden und Wohnungsbeständen treiben die Mieten in die Höhe. Die Preise für Bauland sind vor allem in den Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern und Einwohnerinnen seit 2009 um mehr als das Dreifache auf durchschnittlich über 1.100 Euro je Quadratmeter gestiegen.

Damit vor allem Städte und Gemeinden eine langfristige Bodenvorratspolitik betreiben und das Gemeinwohl beim Wohnungsbau und bei der Schaffung klimawirksamer Grünflächen besser durchsetzen können, müssen sie wie schon seit Jahren gefordert, endlich wirksamere Instrumente gegen Bodenspekulation und die Hortung von baureifen Grundstücken bekommen.

Mitunterzeichner und Mitunterzeichnerinnen:
AKB – Architektenkammer Berlin | AKNW – Architektenkammer NRW | A4F – Architects for Future | BBN – Bundesverband Beruflicher Naturschutz | BDA – Bund Deutscher Architektinnen und Architekten | BFSR – Beirat der Fachschaften für Stadt- und Raumplanung | BUND Naturschutz in Bayern | BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland | DAI – Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine | DASL – Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung | Deutscher Werkbund Bayern | DMB – Deutscher Mieterbund |Netzwerk Immovielien | SRL – Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung | Stiftung trias | Urbane Liga Alumninetzwerk | wohnbund

Kooperations- und Medienpartnerinnen:
ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft | IfR – Informationskreis für Raumplanung | vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung | Bauwelt | Marlowes, eMagazin

Anlagen
Bodenwende jetzt! Bodenpolitische Forderungen zur Bundestagswahl 2021
Bündnis Bodenwende: Wer wir sind – wofür wir stehen
Einladung zur Veranstaltung Bodenfrage(n) am 29. Juni 2021

———

Architektenkammer Berlin
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Pressestelle Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin
T 030. 29 33 07-0
presse@ak-berlin.de
www.ak-berlin.de

Bündnis Bodenwende

Sozial gerechte und
nachhaltige Entwicklung
von Stadt und Land

Bodenwende jetzt!

Bodenpolitische Forderungen zur Bundestagswahl 2021

Das Bündnis Bodenwende ist ein über-parteilicher Zusammenschluss von Akademien, Verbänden, Kammern und Stiftungen aus den Bereichen Architektur, Stadt- und Raumplanung, Umwelt und Naturschutz sowie Soziales und gesellschaftliche Teilhabe. Bodenpolitik ist eines der wichtigsten – und zugleich in den letzten Jahren am meisten vernachlässigten – Politikfelder, da es sich nicht um eine von vielen Fachpolitiken, sondern integrative Querschnittsaufgabe handelt. Der Boden, seine Verfügbarkeit und Nutzung spielen eine zentrale Rolle bei den großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte: sozialer Zusammenhalt, angemessene Wohnraumversorgung, gleichwertige Lebensverhältnisse, gerechte Vermögensverteilung, wirksamer Klimaschutz und Klimaanpassung, Erhaltung der Biodiversität, sichere und nachhaltige Nahrungsmittelproduktion, Bewältigung von Pandemien.

Unsere Forderungen zu einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik sind – ebenso wie die Wahlprüfsteine – Angebote für den Dialog mit Zivilgesellschaft und Politik. Sie zeigen, dass auf vielen Ebenen dringender Handlungsbedarf besteht. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass der Boden wie eine beliebige Ware behandelt wird und damit seiner Bedeutung für das Gemeinwohl und für die Chancen kommender Generationen nicht gerecht werden kann.

Wir fordern deshalb …

1 … die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur gemeinwohlorientierten Bodenpolitik in der nächsten Legislaturperiode unter Einbeziehung von Expert*innen aus Wissenschaft, kommunaler Praxis und Zivilgesellschaft, begleitet von einer breit zugänglichen, öffentlichen Debatte.

Bodenpolitische Forderungen zur Bundestagswahl 2021

Soziale Marktwirtschaft nachjustieren, gemeinwohlorientierte Bodenpolitik stärken!

Boden ist ein Gemeingut. Bodenspekulation und Mitnahme leistungsloser Bodenwertgewinne sind mit einer sozialen Marktwirtschaft nicht zu vereinbaren. Sie steigern die in Deutschland ohnehin schon besonders ungleiche Vermögensverteilung. Eine nachhaltige Nutzung des Bodens bedarf deshalb in besonderem Maß staatlicher Regulierung. Das Bündnis Bodenwende steht mit seinen Kernpositionen für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik, deren Grundlage die „Neue Leipzig-Charta - Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl" ist.

Wir fordern ...

2 ... von der Bundesregierung, die Ziele der Neuen Leipzig Charta durch entsprechende Gesetzesinitiativen und die Schaffung notwendiger Strukturen konsequent zu verfolgen.

3 ... eine gesetzliche Konkretisierung der Sozialpflichtigkeit des (Boden-) Eigentums (Art. 14 Abs. 2 GG) und eine gesetzliche Definition von Gemeinwohl.

Bodenspekulation verhindern, Bodenpreise regulieren!

Die verfassungsrechtlich verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums muss beim Boden wirksamer als bisher umgesetzt werden. Dazu müssen die Spekulation durch eine gerechtere Besteuerung gebremst und leistungslose Bodenwertgewinne herangezogen werden, um kommunale Bodenvorratspolitik und geförderten Wohnungsbau zu finanzieren. Weitere Ansätze sind die Einhegung der Bodenpreise, die Nutzung von Erbbaurechten sowie die Erhöhung der Transparenz des Bodenmarktes.

Wir fordern ...

4 ... Bodenwertsteigerungen und hohe Bodenwerte besser für das Gemeinwohl nutzbar zu machen. Die Besteuerung von Grund und Boden ist darauf auszurichten, Preisstabilität zu sichern und gemeinwohlorientierte Bodennutzungen zu ermöglichen. Dafür müssen die Grundsteuer, die Grunderwerbsteuer (auch für Share Deals), die Abschöpfung leistungsloser Zugewinne bei der Baulandentwicklung, eine Spekulationssteuer und die steuerliche Behandlung der Wohnraumvermietung aufeinander abgestimmt neu geordnet werden.

5 ... regulatorische Instrumente zu entwickeln, mit denen die Bodenpreissteigerungen gedämpft und Bodenpreise begrenzt werden sowie an nachhaltig – und unter Berücksichtigung von Gemeinwohlbindungen – erzielbare Erträge gekoppelt werden können.

6 ... einen Genehmigungsvorbehalt für den Verkauf von Bauerwartungsland analog zum Grundstücksverkehrsgesetz für landwirtschaftliche Flächen einzuführen.

7 ... den Grundstücksverkehr deutlich transparenter zu machen, u.a. durch die Öffentlichkeit des Grundbuchs, die Dokumentation von Beteiligungsverhältnissen und Transparenzpflichten für Share Deals. Über geeignete Vergabemechanismen und gezielte Einschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit ist gemeinwohlorientierten lokalen Akteuren, insbesondere solchen mit Eigennutzungsperspektive, Vorrang auf dem städtischen und landwirtschaftlichen Bodenmarkt einzuräumen.

8 ... das Erbbaurecht weiterzuentwickeln und seine regulatorischen Benachteiligungen zu beseitigen. Dazu zählen die Befreiung von der Grunderwerbsteuer beim Erwerb von öffentlichen und gemeinwohlorientierten Eigentümer*innen, die Besserstellung bei der Kreditvergabe und die Aufnahme der Vergabe mittels Konzeptverfahren in den Katalog der nicht anmelde- bzw. notifizierungspflichtigen EU-Beihilfen

Bodenpolitische Forderungen zur Bundestagswahl 2021

Boden – Basis für ökologische Zukunftsfähigkeit und räumliche soziale Gerechtigkeit!

Klimakrise, Artensterben sowie ein zunehmendes Gefälle zwischen wachsenden, überlasteten (Großstadt-) Regionen auf der einen und schrumpfenden, häufig ländlich-peripheren Regionen auf der anderen Seite sind zentrale Herausforderungen für eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Raumentwicklung. Ökologisch bedeutsam sind die Sicherung und Entwicklung von klimawirksamen Parks, Grünzügen und Wäldern, zunehmend auch von Dach- und Fassadengärten sowie der Schutz vor Starkregen und Hochwasser.

Wir fordern …

9 …. die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlung und Verkehr mit dem Ziel einer Netto-Null-Neuversiegelung deutlich schneller und konsequenter zu reduzieren, z. B. durch Abschaffung kontraproduktiver Regelungen wie des § 13b BauGB sowie die Neuausrichtung des Bundesverkehrswegeplans auf die Bestandserhaltung.

10 … die Innenentwicklung zu stärken, aber auch bundeseinheitliche Standards zur Sicherung städtischer Freiräume und ihrer Funktionen für das Klima, die Stadtnatur und die Naherholung zu etablieren, etwa durch klare Abwägungsvorränge in Raumordnung und Bauleitplanung, um der aktualisierten deutschen Biodiversitätsstrategie ebenso wie den Maßgaben zum Klimaschutz und der Klimaanpassung im Planungsrecht zu entsprechen.

Gestaltungsinstrumente für nachhaltige Freiraum- und Stadtentwicklung verbessern!

Neue Instrumente können nur wirksam werden, wenn in den Kommunen Kapazitäten und Kompetenzen für deren Umsetzung vorhanden sind. Zur Realisierung dauerhaft gesicherter bezahlbarer Wohnungen, lebenswerter Quartiere und einer nachhaltigen, grünen Infrastruktur müssen deshalb die kommunale Finanz- und Umsetzungskraft gestärkt und der kommunale Zugriff auf den für die Daseinsvorsorge unverzichtbaren Boden erleichtert werden. Dazu sind auch außerhalb des besonderen Städtebaurechts Möglichkeiten zum Grunderwerb zu entwicklungsunbeeinflussten, also zu nicht spekulationsbeeinflussten, gedämpften Werten zu eröffnen. Baulandpolitik, Raumordnung, öffentliche Standort- und Infrastrukturpolitik, Wirtschaftsförderung, Umweltpolitik und Wohnungspolitik sind integrativ zu betrachten.

Wir fordern …

11 … die Instrumente der Raumordnung so zu stärken, dass räumliche Disparitäten ausgeglichen werden können und bodenpreistreibenden Flächenkonkurrenzen begegnet werden kann. Dazu gehört, die Erarbeitung integrierter kommunaler Entwicklungskonzepte und Strategien für ein langfristig tragfähiges Flächenmanagement verbindlicher zu gestalten sowie finanziell zu unterstützen.

12 … die Kommunen finanziell besser auszustatten, insbesondere durch eine Entlastung von Altschulden. Der (Wieder-) Aufbau regionaler und kommunaler Planungsverwaltungen sowie eine gezielte Qualifikationsoffensive sollten gefördert werden.

13 … das Baugebot durch eine Reduzierung der Abwendungsmöglichkeiten, die Erleichterung der städtebaulichen Begründung (z. B. im Rahmen des kommunalen Flächenmanagements). sowie einen objektiven Wirtschaftlichkeitsnachweis praxistauglicher zu gestalten. Zudem sollte das Baugebot durch die Einführung der gebietsbezogenen „Innenentwicklungsmaßnahme" erweitert werden.

14 … das System der Wohnungsbauförderung zu ändern, um den Aufbau und die dauerhafte Sicherung eines bedarfsgerechten, mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungsangebotes in der Größenordnung von 25 -30 Prozent des Mietwohnungsbestandes zu ermöglichen.

15 … ein zeitgemäßes Wohnungs- und Boden-Gemeinnützigkeitsrecht, das es Bund, Ländern und Kommunen ermöglicht, bei der Besteuerung und der Vergabe von Boden Genossenschaften, kommunale Unternehmen und andere wohnungswirtschaftliche Akteure rechtssicher zu bevorzugen, die gemeinwohlorientiert handeln.

16 ... den Bodenpreis auf einen sozial verträglichen Ertragswert (vgl. Forderung 5) zu limitieren, wenn kommunale Vorkaufsrechte angewendet werden. Vorkaufsrechte mit Preislimitierung sollten auch zur Bodenvorratswirtschaft sowie bei Grundstücksgeschäften im Rahmen privater Unternehmensverkäufe angewendet werden können.

Öffentliches Boden- und Immobilieneigentum gemeinwohlorientiert nutzen!

Mehr Bodeneigentum in öffentlicher Hand ist eine der entscheidenden Ressourcen für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungs-, Freiraum- und Wohnungspolitik. Boden und Immobilien von Bund, Ländern und Kommunen dürfen nicht länger zur Haushaltssanierung gegen Höchstgebot privatisiert werden. Mit Instrumenten wie Konzeptausschreibungen und Erbbaurecht sollen gemeinwohlorientierte Akteure an einer nachhaltigen, sozialen Stadtentwicklung beteiligt werden.

Wir fordern ...

17 ...nicht mehr für eigene Zwecke benötigte Grundstücke sowie Immobilien des Bundes und seiner Unternehmen den Kommunen für Gemeinwohlzwecke kostenfrei zu übertragen.

18 ... die Planung und Bewirtschaftung öffentlicher Liegenschaften transparenter und offener zu gestalten, auch, um gemeinwohlorientierten und zivilgesellschaftlichen Akteuren bessere Möglichkeiten der Mitgestaltung zu eröffnen.

19 ... revolvierende lokale und regionale Bodenfonds einzurichten und als Sondervermögen zu fördern, z.B. durch Mittel der Städtebauförderung und die Befreiung von der Grunderwerbssteuer.

Für Rückfragen stehen über die Email-Adresse boden@dasl.de die Vorsitzenden des DASL-Ausschuss Bodenpolitik, Ricarda Pätzold und Stephan Reiß-Schmidt sowie weitere Vertreter*innen des Bündnis Bodenwende gerne zur Verfügung.

Berlin, im Juni 2021

Die Mitunterzeichner*innen

ARCHITEKTEN KAMMER BERLIN

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

NETZWERK IMMO VIEL IEN

Architektenkammer Nordrhein-Westfalen

BUND Naturschutz in Bayern e.V.

SRL VEREINIGUNG FÜR STADT-, REGIONAL- UND LANDESPLANUNG

ARCHITECTS FOR FUTURE

Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine e.V.

stiftung trias

BBN
Bundesverband Beruflicher Naturschutz e.V.

DASL Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.

URBANE LIGA ALUMNINETZWERK

BDA BUND DEUTSCHER ARCHITEKTINNEN UND ARCHITEKTEN

DMB DEUTSCHER MIETERBUND

wohnbund e.V.

bfsr
Beirat der Fachschaften für Stadt- und Raumplanung

werk bund

Kooperations- und Medienpartner*innen

ARL AKADEMIE FÜR RAUMENTWICKLUNG IN DER LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

Bauwelt

IfR INFORMATIONSKREIS FÜR RAUMPLANUNG

marlowes,

vhw Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung

Impressum
Herausgeber: Bündnis Bodenwende
c/o Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung DASL e.V., Bundesgeschäftsstelle, Bismarckstraße 107, 10625 Berlin
v.i.S.d.P.:
DASL e.V., Ricarda Pätzold, Stephan Reiß-Schmidt, c./o. DASL-Bundesgeschäftsstelle
Kontakt und weitere Informationen:
boden@dasl.de https://dasl.de/2018/11/26/ausschuss-bodenpolitik/
Corporate Design:
stauss processform gmbh, münchen

Bündnis Bodenwende

Sozial gerechte und
nachhaltige Entwicklung
von Stadt und Land

Wer wir sind

Das **Bündnis Bodenwende** ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Akademien, Kammern, Verbänden und Stiftungen aus den Bereichen Architektur und Raumplanung, Umwelt und Naturschutz sowie Soziales und gesellschaftliche Teilhabe. Es konstituierte sich im Jahr 2020 auf Anregung der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung DASL e.V. Das Bündnis ist offen für weitere Partner*innen.

Bodenpolitik ist eines der wichtigsten – und zugleich in den letzten Jahren am meisten vernachlässigten – Politikfelder. Bodenpolitik ist nicht eine von vielen Fachpolitiken, sondern integrative Querschnittsaufgabe. Der Boden, seine Verfügbarkeit und Nutzung, spielen eine zentrale Rolle bei den großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte: Sozialer Zusammenhalt, angemessene Wohnraumversorgung, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land, gerechtere Vermögensverteilung, wirksamer Klimaschutz und Klimaanpassung, Erhaltung der Biodiversität, sichere und nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und nicht zuletzt die Bewältigung von Pandemien.

Deshalb setzt sich das **Bündnis Bodenwende** dafür ein, dass eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Bodenpolitik ganz oben auf die Agenda für die kommende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages kommt. Unsere bodenpolitischen **Wahlprüfsteine und Forderungen** zur Bundestagswahl am 26. September 2021 sind dazu ein erster Schritt. Damit wird gezeigt, wie sehr und auf wie vielen Ebenen dringender Handlungsbedarf besteht. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass der Boden als eine beliebige Ware behandelt und damit seiner Bedeutung für das Gemeinwohl und für die Chancen kommender Generationen nicht gerecht wird.

Wofür wir stehen

Boden ist ein Gemeingut. Seine auf Nachhaltigkeit und Erhalt basierende Nutzung und Verwertung bedarf in besonderem Maß staatlicher Regulierung. Bodenpolitik ist Querschnittspolitik mit 360 Grad-Perspektive. Das Bündnis Bodenwende steht mit folgenden Kernpositionen für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik auf der Grundlage der „Neuen Leipzig-Charta – Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl“.

1 Bodenspekulation und Mitnahme leistungsloser Bodenwertgewinne sind mit einer sozialen Marktwirtschaft nicht zu vereinbaren. Die verfassungsrechtlich verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums muss beim Boden wirksamer als bisher umgesetzt werden, z.B. durch die Weiterentwicklung planungsrechtlicher Instrumente.

2 Nutzen und Lasten müssen auch bei der Besteuerung des Bodens gerechter verteilt und der Besteuerung anderer Anlageformen angepasst werden. Leistungslose Bodenwertgewinne sind vorrangig zur Finanzierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zu nutzen.

3 Der kommunale Zugriff auf den für die Daseinsvorsorge unverzichtbaren Boden muss erleichtert werden. Zur Realisierung dauerhaft gesicherter bezahlbarer Wohnungen, lebenswerter und klimagerechter Quartiere sowie einer nachhaltigen grünen Infrastruktur müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, eine aktive Bodenpolitik zu betreiben.

4 Boden und Immobilien von Bund, Ländern und Kommunen dürfen nicht länger zur Haushaltssanierung gegen Höchstgebot privatisiert werden. Mit Instrumenten wie Konzeptausschreibungen und Erbbaurecht sollen gemeinwohlorientierte Akteure an einer nachhaltigen und sozialen Stadtentwicklung beteiligt werden.

Die vielfältigen fachlichen Hintergründe und Handlungsfelder der Bündnispartner*innen bringen es mit sich, dass unterschiedliche Prioritäten gesetzt werden und differenzierte Positionen bestehen. Sie sind aber davon überzeugt, dass nur die gemeinsame Anstrengung eines breiten Spektrums zivilgesellschaftlicher Akteure die notwendige Kraft entfalten kann, um das Thema Bodenpolitik stärker in das Bewusstsein von Öffentlichkeit und Politik zu bringen. .

Das **Bündnis Bodenwende** wird sich über die Bundestagswahl 2021 hinaus in den kommenden Jahren mit der fachlichen Expertise seiner Mitglieder in die öffentliche Debatte über eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik einbringen. Innerhalb der beteiligten Organisationen werden Ziele, Strategien und Instrumente einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik vertieft diskutiert und im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten in beispielhafte und experimentelle Praxis umgesetzt.

Die Bündnispartner*innen

Die **Architektenkammer Berlin (AKB)**

ist die berufliche Selbstverwaltung der mehr als 9.500 Mitglieder aus den Bereichen Architektur, Stadtplanung, Landschaftsarchitektur und Innenarchitektur in Berlin und vertritt damit den Berufsstand in der Gesellschaft. Sie fördert die Baukultur und setzt sich für die Belange ihrer Mitglieder gegenüber Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Medien ein.

Kontakt: Meike Capatti, Referentin für Baukultur und Stadtentwicklung
kammer@ak-berlin.de

Die **Architektenkammer Nordrhein-Westfalen (AKNW)**

vertritt die mehr als 31.500 Architektinnen und Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten und Stadtplaner in Nordrhein-Westfalen. Sie berät Politik und Verwaltungen, bietet ihren Mitgliedern vielfältige Serviceleistungen und setzt sich für die Baukultur im Lande ein. Im Fokus steht immer das Ziel, die Gestaltqualität unserer gebauten Umwelt positiv zu beeinflussen und über Fragen der Architektur und der Stadtplanung einen breiten öffentlichen Diskurs zu führen.

Kontakt: Christof Rose rose@aknw.de
0211/496734

Die **Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL)** (Kooperationspartnerin)

ist eine selbstständige und unabhängige raumwissenschaftliche Einrichtung öffentlichen Rechts mit Sitz in Hannover. Als Kompetenzzentrum für nachhaltige Raumentwicklung erforscht die ARL auf nationaler und internationaler Ebene räumliche Strukturen und Entwicklungen, ihre Ursachen und Wirkungen sowie Möglichkeiten ihrer politisch-planerischen Steuerung.

Die **Architects for Future (A4F)**

stehen solidarisch zur Fridays for Future-Bewegung und setzen sich für die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und die Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad ein. Sie sind in und mit der Baubranche beschäftigt, arbeiten ehrenamtlich und gemeinnützig in der Bewegung sowie auf Vereinsebene und setzen sich für einen nachhaltigen Wandel im Bauwesen ein. Sie richten sich sowohl an die Baubranche als auch an die gesamte Gesellschaft, um kooperativ auf allen Ebenen zukunftsfähige Lösungen zu erarbeiten und einen nachhaltigen Wandel in die Wege zu leiten.

Kontakt: Anna Scheuermann
kooperation@architects4future.de

Die **Bauwelt** (Medienpartnerin)

ist eine 14-täglich erscheinende Fachzeitschrift für Architektur mit Sitz in Berlin. Das letzte Heft eines Quartals widmet sich als Stadtbauwelt städtebaulichen und stadtplanerischen Fragestellungen.

Der **Bundesverband Beruflicher Naturschutz e.V. (BBN)**

ist die berufliche und fachliche Vertretung des professionell arbeitenden Naturschutzes in Deutschland. Der Verband vertritt sowohl die Mitarbeiterschaft in den Behörden in Bund, Ländern und Kommunen als auch den freien Berufsstand sowie Planerinnen und Planer bzw. Gutachterbüros und den wissenschaftlichen Naturschutz in Hochschulen und Institutionen.

Kontakt: Prof. Klaus Werk
Klaus.werk@werk-home.de

Der **Bund Deutscher Architektinnen und Architekten e.V. (BDA)**

gegründet 1903, vertritt etwa 5.000 freischaffende Architektinnen und Architekten, die aufgrund ihres Werks und ihrer persönlichen Integrität in den BDA berufen wurden. Der BDA steht für die Qualität des Planens und Bauens in Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Umwelt.

Kontakt: Dr. Nico Grunze
grunze@bda-bund.de

Der **Beirat der Fachschaften für Stadt- und Raumplanung (bfsr)**

vertritt die Studierendenschaft der deutschsprachigen Vollstudiengänge der räumlichen Planung. Der Aufgabenbereich des bfsr umfasst insbesondere die Mitarbeit und das Stimmrecht in überörtlichen hochschulpolitischen oder fachbezogenen Organisationen, die hochschulpolitische Vertretung gegenüber den Hochschulen und der Politik, die Interessenvertretung in den Berufsverbänden und weitere Aufgaben.

Der **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)**

ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Verband, der auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene arbeitet. Er setzt sich ein für den Schutz unserer Natur und Umwelt – damit die Erde für alle, die auf ihr leben, bewohnbar bleibt. Aktuell wird der BUND von 651.000 Menschen unterstützt. Als einer der größten föderal strukturierten deutschen Umweltverbände hat er 16 Landesverbände und rund 2000 Kreis- und Ortsgruppen. Der BUND ist Mitglied des internationalen Netzwerks Friends of the Earth International (FoEI) und hat Partnerorganisationen in rund 70 Ländern.

Kontakt: Dr. Andreas Faensen-Thiebes
andreas.faensen-thiebes@bund.net

Der **BUND Naturschutz in Bayern e.V.**

ist der älteste und mit derzeit über 250.000 Mitgliedern der größte Umweltschutzverband Bayerns. Er versteht sich als unabhängiger Anwalt der Natur mit dem Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten.

Der **Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine e.V. (DAI)**

führt als Dachverband der Architekten- und Ingenieurvereine in Deutschland die Interessensgebiete und Tätigkeitsfelder von Architekten und Ingenieuren zusammen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Baukultur. Er gibt die Fach- und Verbandszeitschrift BAUKULTUR heraus.

Kontakt: Udo Sonnenberg, Geschäftsführer
sonnenberg@dai.org

Die **Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e.V. (DASL)**

ist ein Zusammenschluss von Fachleuten, die auf den Gebieten des Städtebaus und der Landesplanung sowie der damit verknüpften Forschung und praktischen Planung durch besondere Leistungen hervorgetreten sind. Sie setzt sich gleichermaßen für die Qualität des Planens und Bauens, für Antworten auf den Klimawandel, für das soziale Miteinander und für die ökonomische Prosperität in unseren Städten ein.

Kontakt: Ricarda Pätzold,
Stephan Reiß-Schmidt boden@dasl.de

Der **Deutsche Mieterbund e.V. (DMB)**

ist die Dachorganisation für mehr als 300 örtliche Mietervereine mit mehr als 500 Beratungsstellen in ganz Deutschland. Im Mittelpunkt der Arbeit des Deutschen Mieterbundes steht die politische Interessenvertretung der Mieterinnen und Mieter.

Der **Deutscher Werkbund Bayern e.V. (DWB)**

ist interdisziplinärer Impulsgeber in Fragen der nachhaltigen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens im Kontext von Stadt und Land. Dabei ist der gemeinnützig organisierte Verein unabhängig von parteipolitischen, wirtschaftlichen und berufsständischen Interessen.

Kontakt: Angelika Schmitz, Leiterin der Geschäftsstelle
bayern@deutscher-werkbund.de

Der **Informationskreis für Raumplanung e.V. (IfR)** (Kooperationspartner)

setzt sich als interdisziplinär ausgerichteter Verein für den planerischen Dialog ein, fördert Austausch und Vernetzung unter Planenden und gibt die wissenschaftliche Fachzeitschrift „RaumPlanung“ heraus.

Marlowes, eMagazin (Medienpartner)

ist ein Online-Magazin für Qualitätsjournalismus in den Bereichen Architektur und Stadt. Es erscheint seit Januar 2017 wöchentlich mit einer sorgfältig ausgewählten Mischung aus vertiefenden, gründlich recherchierten und reflektierten Inhalten, die mit einem Newsletter angekündigt werden.

Kontakt: Christian Holl
christian.holl@frei04-publizistik.de

Das **Netzwerk Immovielien e.V.**

ist ein Bündnis von Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Öffentlicher Hand, Wirtschaft, Wohlfahrt und Wissenschaft, die sich für eine Gemeinwohlorientierung in der Immobilien- und Quartiersentwicklung einsetzen. Das Netzwerk versteht sich als Plattform für den Austausch und die Kooperation seiner Mitglieder sowie als fachliche Instanz gegenüber der Öffentlichkeit.

Kontakt: Jörn Luft, Vorstand
joern.luft@stiftung-trias.de

Die **Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL)**

ist der deutsche Berufsverband aller in der räumlichen Planung Tätigen. Die SRL sieht ihre zentrale Aufgabe darin, sich für die Anerkennung der Notwendigkeit von Planung und für eine anspruchsvolle Planungskultur einzusetzen.

Kontakt: Dr. Gabriele Schmidt, Geschäftsführerin schmidt@srl.de
030/27874680

Die **Stiftung trias**

sichert mit ihrer aktiven Vermögensanlage über die Vergabe von Erbbaurechten an gemeinschaftliche Wohn- und Stadtteilprojekte dauerhaft gemeinwohlorientierte Nutzungen - denn Grund und Boden ist Gemeingut. Als operative Stiftung vermittelt sie Wissen und möchte die Rahmenbedingungen und die Praxis einer nachhaltigen Bodennutzung verbessern. Die Stiftung trias ist offen für neue Ideen und innovative Konzepte und fördert diese über Zuwendungen und Kooperationen.

Kontakt: Jörn Luft, Vorstand
joern.luft@stiftung-trias.de

Die **Urbane Liga e.V. Alumninetzwerk**

ist Botschafter von neuen und zukunftsfähigen Perspektiven junger Erwachsener auf aktuelle Themen in der Stadtentwicklung. Sie ist Netzwerkplattform und dynamischer Wissensspeicher für die Alumni der Urbanen Liga-(Jugendforum Stadtentwicklung).

Der **vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.** (Kooperationspartner)

ist ein seit 75 Jahren etablierter gemeinnütziger Verband mit rund 2.000 Mitgliedern - vorwiegend Gebietskörperschaften, aber auch einige hundert Kommunalunternehmen und viele weitere Interessierte. Er engagiert sich durch Fortbildung und Forschung in den Handlungsfeldern Wohnen und Stadtentwicklung für die Leistungsfähigkeit der Kommunen, eine vielfältige Bürgergesellschaft und die Stärkung der lokalen Demokratie.

Kontakt: Fabian Rohland frohland@vhw.de

Der **wohnbund e.V.**

ist ein Netzwerk von rund 180 wohnpolitisch engagierten Fachleuten und Organisationen, die mit ihrer Arbeit zur Entwicklung und Realisierung zeitgemäßer Wohnformen beitragen. Er ist ein Organ der wechselseitigen fachlichen und politischen Vernetzung. Anknüpfend an die wohnreformerischen Bewegungen zum Beginn des 20. Jahrhunderts und der Selbsthilfebewegungen seit den 1970er Jahren will der wohnbund der herkömmlichen Wohnungspolitik Alternativen gegenüberstellen und wohnpolitische Initiativen und Projekte fachlich unterstützen.

Kontakt: Katrin Brandt
k.brandt@stattbau-hamburg.de

Bündnis Bodenwende
boden@dasl.de

Stand: Juni 2021

Impressum

Herausgeber:
Bündnis Bodenwende
c/o Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung DASL e.V., Bundesgeschäftsstelle
Bismarckstraße 107, 10625 Berlin

v.i.S.d.P.:
DASL e.V., Ricarda Pätzold, Stephan Reiß-Schmidt
c/o DASL-Bundesgeschäftsstelle

Kontakt und weitere Informationen:
boden@dasl.de
https://dasl.de/2018/11/26/ausschuss-bodenpolitik/

Corporate Design:
stauss processform gmbh, münchen

Mitunterzeichner*innen:

Kooperations- und Medienpartner*innen

Bündnis Bodenwende

Gastgeber

BDA BUND DEUTSCHER ARCHITEKTINNEN UND ARCHITEKTEN

EINLADUNG

Bodenwende jetzt! Denn ohne eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik können wir die ökologischen und sozialen Herausforderungen der Zukunft nicht bewältigen. Das 2020 gegründete **Bündnis Bodenwende**, ein überparteilicher Zusammenschluss von Akademien, Kammern, Verbänden und Stiftungen aus den Bereichen Architektur und Raumplanung, Umwelt und Naturschutz sowie Soziales und gesellschaftliche Teilhabe hat dazu Wahlprüfsteine an sechs Parteien adressiert und veröffentlicht.

In einer Online-Veranstaltung werden die **zentralen Forderungen** des Bündnisses zu einer bodenpolitischen Wende vorgestellt und mit Politiker*innen diskutiert:

Dienstag, 29. Juni 2021, 17-19 Uhr (Online)

Bodenfrage(n)

Bodenpolitische Forderungen zur Bundestagswahl 2021

Vertreter*innen des Bündnis Bodenwende im Gespräch mit:

Chris Kühn, MdB Bündnis 90/Die Grünen

Caren Lay, MdB Die Linke

Claudia Tausend, MdB SPD

Moderation: **Ricarda Pätzold**, DASL und **Dr. Thomas Welter**, BDA

CDU/CSU und FDP waren ebenfalls angefragt, haben aber nicht zugesagt.

ANMELDUNG bis 27.06.2021:
https://www.bda-bund.de/events/bodenfragen-bodenpolitische-forderungen-zur-bundestagswahl/

Bündnis Bodenwende

Mitunterzeichner*innen: AKB - Architektenkammer Berlin | AKNW - Architektenkammer NRW | A4F - Architects for Future | BBN – Bundesverband Beruflicher Naturschutz | BDA - Bund Deutscher Architektinnen und Architekten | BFSR - Beirat der Fachschaften für Stadt- und Raumplanung | BUND Naturschutz in Bayern | BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland | DAI - Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine | DASL – Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung | Deutscher Werkbund Bayern | DMB - Deutscher Mieterbund |Netzwerk Immovielien | SRL - Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung | Stiftung trias | Urbane Liga Alumninetzwerk | wohnbund |
Kooperations- und Medienpartner*innen: ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft | IfR - Informationskreis für Raumplanung | vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung | Bauwelt | Marlowes, eMagazin |

Mehr: https://dasl.de/2018/11/26/ausschuss-bodenpolitik/

Bündnis Bodenwende c/o DASL Bundesgeschäftsstelle, Bismarckstr. 107, 10625 Berlin Kontakt: boden@dasl.de